

Sträucher sollen bei der Pflanzung eine Höhe von 125 – 150 cm aufweisen.

(3) Werden ökologisch sehr wertvolle Gehölze entfernt, kann abweichend von Absatz 2 auch eine höhere Anzahl von Ersatzpflanzungen bestimmt werden. Ökologisch sehr wertvolle Gehölze können Laubbäume ab einem Stammumfang von 150 cm oder Nadelbäume ab einem Stammumfang von 200 cm sein.

(4) Für abgestorbene Gehölze besteht keine Verpflichtung zu einer Ersatzpflanzung oder Ersatzzahlung. Eine Nachpflanzung wird empfohlen.

(5) Die Verpflichtung zur Ersatzpflanzung gilt erst dann als erfüllt, wenn die Gehölze angewachsen sind. Ersatzpflanzungen sind dauerhaft zu unterhalten und unterliegen sofort dem Schutz gemäß § 2 Abs. 1 dieser Satzung.

(6) Wenn Ersatzpflanzungen auf dem Grundstück aus tatsächlichen Gründen nicht oder nicht in vollem Umfang möglich sind und der/die Grundstückseigentümer/in nicht über andere Grundstücke im Geltungsbereich dieser Satzung verfügt, ist eine Ersatzzahlung festzulegen.

Die Höhe der Ersatzzahlung richtet sich nach den finanziellen Aufwendungen für Beschaffung, Pflanzung und Entwicklungspflege. Sie betragen für

a) einen zu pflanzenden Baum	
Stammumfang	Ausgleichszahlung
(Ersatzpflanzung) mindestens	für Bäume I. – III. Ordnung
12 cm	340,- €
14 cm	477,- €
16 cm	670,- €

b) einen Obstbaum, (mindestens Solitär, 3 x verpflanzt) 160,- €,

c) einen Strauch, (125 – 150cm Höhe) 70,- €.

Die vorstehenden Beträge basieren auf der Festlegung zum Zeitpunkt der Verkündung dieser Satzung und bilden den Index 100. Sie erhöhen sich jährlich um den Indexwert 2,8.

(7) Die Ersatzzahlungen sind an die Stadt Hannover zu leisten. Sie sind zweckgebunden für städtische Baumpflanzungen, für die Erhaltung geschützter Bäume und die Sanierung von Baumstandorten besonders wertvoller Bäume sowie für sonstige städtische Naturschutzmaßnahmen möglichst in dem betroffenen Naturraum zu verwenden, für die nicht bereits nach anderen Vorschriften eine rechtliche Verpflichtung besteht.

(8) Von den Ersatzpflanzungen und Ersatzzahlungen kann abgesehen werden, soweit dies im Einzelfall eine unbillige Härte bedeuten würde.

§ 8 | Betreten von Grundstücken

Bedienstete oder Beauftragte der Landeshauptstadt Hannover sind nach Maßgabe des § 39 NAGBNatSchG berechtigt, zur Durchführung dieser Satzung, Grundstücke zu betreten und die im Rah-

men dieser Satzung erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Sie sind verpflichtet, sich auf Verlangen des/der Grundstückseigentümers/in oder Nutzungsberechtigten auszuweisen.

§ 9 | Folgenbeseitigung

(1) Wer entgegen § 3 ohne Ausnahmegenehmigung oder Befreiung geschützte Bäume, Sträucher oder Hecken entfernt, schwer beschädigt oder derartiges vornehmen lässt, ist zu Ersatz nach § 7 verpflichtet.

(2) Wer entgegen § 3 ohne Ausnahmegenehmigung oder Befreiung geschützte Bäume, Sträucher oder Hecken beschädigt, beeinträchtigt oder in ihrer Erscheinungsform wesentlich verändert, ist verpflichtet, die Schäden oder Veränderungen zu beseitigen oder zu mildern, soweit dies möglich ist. Andernfalls ist er/sie zu Ersatz nach § 7 verpflichtet.

(3) Hat ein/e Dritte/r ohne Einwilligung oder Duldung des/der Eigentümers/in oder Nutzungsberechtigten geschützte Bäume, Sträucher oder Hecken entfernt, zerstört, beschädigt oder ihre typische Erscheinungsform verändert und steht dem/der Eigentümer/in beziehungsweise Nutzungsberechtigten ein Ersatzanspruch gegen den/die Dritte/n zu, so ist der/die Eigentümer/in oder Nutzungsrechtigte zur Folgenbeseitigung nach den Absätzen 1 und 2 bis zur Höhe seines/ihrer Ersatzanspruchs gegenüber dem/der Dritten verpflichtet. Er/Sie kann sich hiervon befreien, wenn er/sie gegenüber der Stadt die Abtretung des Ersatzanspruchs erklärt.

(4) Hat der/die Grundstückseigentümer/in oder Nutzungsberechtigte die Folgenbeseitigung nicht selbst vorzunehmen, ist er/sie zur Duldung dieser Maßnahme durch den/die Dritte/n oder die Stadt verpflichtet.

§ 10 | Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 69 Abs. 7 BNatSchG i.V.m. § 43 Absatz 3 Satz 1 Nr. 3 des NAGBNatSchG bzw. des § 10 Abs. 5 NKomVG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

a) eine nach § 3 verbotene Handlung ohne erforderliche Erlaubnis (§ 5) begeht oder als Grundstückseigentümer/in oder sonstige/r Nutzungsberechtigte/r duldet,

b) Nebenbestimmungen einer Erlaubnis nach § 5 nicht erfüllt,

c) der Anzeigepflicht nach § 4 Buchst. c) Satz 2 nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig nachkommt,

d) eine nach § 7 auferlegte Ersatzpflanzung oder Ersatzzahlung nicht erfüllt,

e) entgegen § 9 Abs. 1 bis 3 einer Aufforderung zur Folgenbeseitigung nicht nachkommt oder entgegen § 9 Abs. 4 Maßnahmen nicht duldet.

(2) Die Ordnungswidrigkeit nach Abs.1 Buchst. a) kann mit einer Geldbuße bis zu 25.000,- €, die Ordnungswidrigkeiten im Übrigen mit einer Geldbuße bis zu 5.000,- € geahndet werden.

§ 11 | Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung zum Schutz von Bäumen, Sträuchern und Hecken im Gebiet der Landeshauptstadt Hannover als Geschützte Landschaftsbestandteile (Baumschutzsatzung) vom 6. Juni 1995 außer Kraft.

Anmerkungen § 4 des Bundesnaturschutzgesetzes
Funktionssicherung bei Flächen für öffentliche Zwecke
Bei Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege ist auf Flächen, die ausschließlich oder überwiegend Zwecken 1. der Verteidigung, einschließlich der Erfüllung internationaler Verpflichtungen und des Schutzes der Zivilbevölkerung, 2. der Bundespolizei, 3. des öffentlichen Verkehrs als öffentliche Verkehrswege, 4. der See- oder Binnenschifffahrt, 5. der Versorgung, einschließlich der hierfür als schutzbedürftig erklärten Gebiete, und der Entsorgung, 6. des Schutzes vor Überflutung oder Hochwasser oder 7. der Telekommunikation dienen oder in einem verbindlichen Plan für die genannten Zwecke ausgewiesen sind, die bestimmungsgemäßen Nutzung zu gewährleisten. Die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind zu berücksichtigen.

§ 31 Baugesetzbuch Ausnahmen und Befreiungen

(1) Von den Festsetzungen des Bebauungsplans können solche Ausnahmen zugelassen werden, die in dem Bebauungsplan nach Art und Umfang ausdrücklich vorgesehen sind.

(2) Von den Festsetzungen des Bebauungsplans kann befreit werden, wenn die Grundzüge der Planung nicht berührt werden und

- Gründe des Wohls der Allgemeinheit, einschließlich des Bedarfs zur Unterbringung von Flüchtlingen oder Asylbegehrenden, die Befreiung erfordern oder
- die Abweichung städtebaulich vertretbar ist oder
- die Durchführung des Bebauungsplans zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und wenn die Abweichung auch unter Würdigung nachbarlicher Interessen mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.

Hinweise für die Antragstellung auf Ausnahmen

Außer den in § 6 genannten erforderlichen Angaben sind keine besonderen Formvorschriften zu beachten. Zur Vereinfachung empfehlen wir jedoch die Nutzung unseres Antragsformulars unter www.hannover.de.

E-Mail reicht aus rechtlichen Gründen nicht aus! Grundsätzlich können nur Eigentümer des Grundstücks, auf dem das Gehölz steht, einen Antrag stellen. Ebenfalls berechtigt sind sonstige Nutzungsberechtigte. Dies sind Personen mit grundstücksgleichen Rechten wie zum Beispiel Erbpachtberechtigte, Mieter oder Pächter hingegen ausdrücklich nicht.

Nachbarn haben ebenfalls kein generelles Antragsrecht. Sie müssen entweder eine Vollmacht oder Einverständniserklärung der Eigentümer vorliegen oder eindeutig durch Schiedsspruch oder Gerichtsurteil nachweisen, dass ein bestehender privatrechtlicher Anspruch auf Rückschnitt oder Gehölzbeseitigung besteht. Ebenso wenig prüfen wir nachbarrechtliche Bestimmungen und spielen ggf. vorliegende und nicht geduldete Abweichungen von Grenzabständen bei unseren Prüfungen auf Ausnahme keine Rolle. Wer selbst nicht Eigentümer/In des Grundstücks sind, muss dem Antrag eine entsprechende Vollmacht/Einverständniserklärung beifügen.

Wohnungseigentümergeinschaften müssen den entsprechenden Beschluss der Wohnungseigentümergeinschaft beifügen. Dies gilt auch, wenn sie von einer Hausverwaltung vertreten werden.

Generell nicht genehmigungsfähig sind Anträge wegen Laub-, Nadel oder Fruchtfall, (Birken-) Pollenallergien oder auf Höheneinkürzung (Kappungen) oder einseitige Rückschnitte, sofern dafür nicht besondere Gründe bestehen.

Ersatzpflanzungen als Ausnahmegrund kommen nur dann in Betracht, wenn damit das Grundstück ökologisch aufgewertet wird. Ein Anspruch darauf besteht nicht, sondern liegt solch eine Entscheidung im Ermessen der Behörde. Ausgeschlossen sind demnach auch Ausnahmerechtungen lediglich gegen eine Ersatzzahlung.

Die Verwaltungsgebühr entsteht unabhängig vom Inhalt der Entscheidung über den Antrag. Sollte also ein Antrag einmal abgelehnt werden, muss die Gebühr trotzdem gezahlt werden. Dies gilt auch, wenn gegen einen abgelehnten Antrag Widerspruch eingelegt wurde.

Für Widersprüche gelten besondere Formvorschriften. Insbesondere können Widersprüche nicht, auch nicht fristwährend, per einfache E-Mail und / oder beigefügtem eingescanntem Dokument eingelegt werden.

Mit beantragten Maßnahmen darf erst begonnen werden, wenn die notwendige Genehmigung vorliegt. Verstöße hiergegen stellen eine Ordnungswidrigkeit dar, die pro Verstoß (also pro Gehölz) mit einer Geldbuße von bis zu 25.000,- € geahndet werden kann.

Landeshauptstadt

Hannover

LANDESHAUPTSTADT HANNOVER DER OBERBÜRGERMEISTER

FACHBEREICH UMWELT UND STADTGRÜN In Zusammenarbeit mit dem Büro Oberbürgermeister Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Arndtstraße 1
30167 Hannover
Telefon: 0511 | 168 | 45316 (montags bis freitags 9 - 12 Uhr)
Fax: 0511 | 168 | 46510
E-Mail: 67.7-Baumschutz@hannover-stadt.de
Internet: www.hannover.de/baumschutzsatzung

Redaktion:
Fachbereich Umwelt und Stadtgrün

Foto:
Landeshauptstadt Hannover

Satz:
m.göke, Hannover

Druck:
Schroeder-Druck & Verlag GbR, Gehrden
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier

Stand:
Februar 2016

www.hannover.de



DIE BAUMSCHUTZSATZUNG

für die Landeshauptstadt Hannover

LANDESHAUPTSTADT
HANNOVER

HANNOVER

Baumschutz in Hannover: ein wichtiger Beitrag zum Natur- und Klimaschutz in der Stadt

Eine Stadt ohne Bäume – nicht vorstellbar! Bäume produzieren unseren lebensnotwendigen Sauerstoff, dienen der Klimaverbesserung, sind Filter von Staub und Schadstoffen und sorgen für Luftfeuchtigkeit und -bewegung. Bäume bieten Lebensraum für die unterschiedlichsten Lebewesen, beleben und gliedern das Stadtbild und dämpfen den Lärm. Zum Erhalt der Bäume bedarf es deshalb eines besonderen Schutzes.

Um diesen Schutz zu gewährleisten, hat die Landeshauptstadt Hannover im Januar 1987 erstmalig eine Baumschutzsatzung erlassen. Nach einer Aktualisierung im Jahre 1995 wurde die Satzung auf Grundlage langjähriger Erfahrungen und Entwicklungen neu gefasst. Die am 28. Januar 2016 beschlossene und am 19. Februar 2016 in Kraft getretene Neufassung regelt, welche Bäume aber auch Sträucher und Hecken in welcher Weise Schutz genießen. In begründeten Fällen lässt die Baumschutzsatzung der Landeshauptstadt auch Ausnahmen zu, für die eine Genehmigung einzuholen ist.

Satzung zum Schutz von Bäumen, Sträuchern und Hecken im Gebiet der Landeshauptstadt Hannover als Geschützte Landschaftsbestandteile (Baumschutzsatzung)

Aufgrund § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG vom 29.07.2009, BGBl. I S. 2542, zuletzt geändert durch Art. 421 der Zehnten ZuständigkeitsanpassungsVO vom 31.8.2015, BGBl. I S. 1474) i.V.m. § 22 Abs. 1 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG vom 19.2.2010, Nds. GVBl. S. 104) sowie § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG vom 17.12.2010, Nds. GVBl. S. 576, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 16.12.2014, Nds. GVBl. S. 434) und den §§ 1,2,4 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes in der Fassung vom 23.01.2007 (Nds. GVBl. S.41) zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 17.9.2015 (Nds. GVBl. S. 186) hat der Rat der Landeshauptstadt Hannover in seiner Sitzung am 28.1.2016 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 | Schutzzweck

- Zur Belebung, Gliederung und Pflege des Orts- und Landschaftsbildes,
- als Beitrag zur Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes,

- zur Verbesserung der Lebensqualität, des Kleinklimas, der gesamtklimatischen Bedingungen,
- wegen ihrer Bedeutung als Lebensraum für Tiere sowie
- wegen ihrer Bedeutung für die Erholung und das Naturerleben des Menschen

werden Bäume, Sträucher und freiwachsende Hecken nach Maßgabe dieser Satzung zu geschützten Landschaftsbestandteilen erklärt.

§ 2 | Geltungsbereich und Schutzgegenstand

(1) Im Gebiet der Landeshauptstadt Hannover werden allgemein geschützt:

- Alle Laubbäume mit einem Stammumfang von mindestens 60 cm und alle Nadelbäume mit einem Stammumfang von mindestens 80 cm, gemessen in einer Höhe von 100 cm über dem Erdboden; liegt der Baumkronenansatz unter dieser Höhe, ist der Stammumfang unter dem Kronenansatz maßgebend, bei mehrstämmigen Bäumen wird die Summe der Stammumfänge zugrunde gelegt.
- Buchst. a) gilt für Einzelbäume der Arten Eibe, Rotdorn, Weißdorn, Stechpalme und Maulbeere bei einem Mindeststammumfang von 30 cm.
- Alle Großsträucher mit einer Höhe von mindestens 3 m sowie alle frei wachsenden Hecken. Als Hecken gelten überwiegend in Zeilenform gewachsene Gehölzstreifen mit einer Mindestlänge von 5 m und einer Mindesthöhe von 3 m.
- Alle Bäume, Großsträucher und frei wachsenden Hecken, die aufgrund von Festsetzungen in Bebauungsplänen zu erhalten sind, auch wenn die Voraussetzungen von Abs. 1 und 2 nicht erfüllt sind oder diese nach Abs. 2 vom Schutz ausgenommen wären.
- Alle Ersatzpflanzungen gem. § 7 unabhängig von Gehölzart und Größe.
(2) Ausgenommen sind:
 - Alle Bäume, Großsträucher und freiwachsenden Hecken, die innerhalb eines Waldes nach dem Niedersächsischen Gesetz über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) stehen bzw. aufgrund der §§ 22 ff. des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) anderweitig unter Schutz gestellt sind.
 - Alle Bäume, Großsträucher und freiwachsende Hecken, die von § 4 des Bundesnaturschutzgesetzes erfasst sind.
 - Alle Obstbäume mit Ausnahme von Walnussbäumen, Esskastanien, Wildobstbäumen sowie Obstbäumen entlang von Straßen und Wegen, die den Vorschriften des Abs. 1 entsprechen.

§ 3 | Verbote

- Es ist verboten, geschützte Bäume, Sträucher und Hecken zu entfernen, zu beschädigen, zu beeinträchtigen oder in ihrer typischen Erscheinungsform wesentlich zu verändern.
- Als Beschädigung und Beeinträchtigung im Sinne des Abs. 1 gelten auch wesentliche Eingriffe in die Baumkrone sowie Störungen

des Wurzelbereiches geschützter Bäume, Sträucher und Hecken. Als Wurzelbereich bei Bäumen gilt regelmäßig die Bodenfläche unter der Baumkrone, bei Sträuchern und Hecken die tatsächlich bewachsene Bodenfläche.

Beschädigungen und Beeinträchtigungen im Sinne dieser Vorschrift können insbesondere sein:

- Entfernen von gesunden Starkästen mit mehr als 10 cm Durchmesser (entspricht 31,5 cm Astumfang gemessen an der Schnittstelle),
- Kappungen und Höhenreduzierungen,
- Befestigung des Wurzelbereiches mit einer wasser- und luftundurchlässigen Decke (zum Beispiel Asphalt, Beton u. ä.),
- Abgrabungen, Aussachtungen oder Aufschüttungen,
- Lagern oder Anschütten von Salzen, Ölen, ölhaltigen oder bituminösen Stoffen, Säuren, Laugen, Düngemitteln oder anderen Chemikalien, Pestiziden oder anderen wachstumsbeeinträchtigenden Stoffen,
- Austretenlassen von Gasen oder anderen schädlichen Stoffen aus Leitungen,
- Anwenden von Unkrautvernichtungsmitteln,
- Anwenden von Streusalzen,
- Verankerungen und Anbringen von Gegenständen, die die Bäume gefährden bzw. beschädigen,
- Bodenverdichtungen durch die Lagerung von Materialien oder das Abstellen von Fahrzeugen im Wurzelbereich.

§ 4 | Freistellungen

Nicht unter die Verbote des § 3 fallen:

- Fachgerechte Pflege-, Entwicklungs- und Erhaltungsmaßnahmen, bei denen die Kronenform des Baumes nicht wesentlich verändert wird und keine gesunden Starkäste mit mehr als 10 cm Durchmesser (entspricht 31,5 cm Astumfang gemessen an der Schnittstelle) entfernt werden.
- Maßnahmen im Rahmen eines ordnungsgemäßen Betriebes von Baumschulen, Gärtnereien oder des Bundessortenamtes, Maßnahmen der ordnungsgemäßen Gewässerunterhaltung sowie der Gestaltung, Pflege und Sicherung von öffentlichen Grün- und Verkehrsflächen,
- Unaufschiebbare Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen und erheblichen Gefahr, d.h. einer Gefahr für ein bedeutsames Rechtsgut (wie Leben, Gesundheit, nicht unwesentliche Vermögenswerte sowie andere strafrechtlich geschützte Güter), bei der objektiv erkennbar die Einwirkung des schädigenden Ereignisses bereits begonnen hat oder bei der diese Einwirkung unmittelbar oder in allernächster Zeit mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit bevorsteht. Sie sind der Stadt unverzüglich – spätestens jedoch am darauffolgenden Werktag – von den ausführenden Personen anzuzeigen.

d) Arbeiten an vorhandenen Ver- und Entsorgungsleitungen auf Verkehrsflächen und in öffentlichen Grünflächen. Schutzmaßnahmen sind in Abstimmung mit dem Fachbereich Umwelt und Stadtgrün auszuführen.

§ 5 | Ausnahmen und Befreiungen

- Von den Verboten des § 3 ist eine Ausnahme zu erteilen, wenn
 - der/die Grundstückseigentümer/in oder sonstige Nutzungsberechtigte aufgrund von Vorschriften des öffentlichen Rechts verpflichtet ist, die Bäume, Sträucher oder Hecken zu entfernen oder zu verändern und er/sie sich nicht in zumutbarer Weise von dieser Verpflichtung befreien kann.
 - eine nach baurechtlichen Vorschriften zulässige Nutzung sonst nicht oder nur unter wesentlichen Beschränkungen verwirklicht werden kann.
 - von einem Baum, einem Strauch oder einer Hecke Gefahren für Personen oder Sachen ausgehen und die Gefahren nicht auf andere Weise und mit zumutbarem Aufwand zu beheben sind; die Gefahren können durch Vorlage eines Gutachtens eines/r für die Verkehrssicherung von Bäumen öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen nachgewiesen werden.
 - ein Baum, ein Strauch oder eine Hecke krank ist und die ökologische sowie orts- und landschaftsgestalterische Funktion weitgehend verloren hat und die Erhaltung auch unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses daran mit zumutbarem Aufwand nicht möglich ist.
 - in Kleingärten eine überwiegend kleingärtnerische Nutzung nicht möglich oder unzumutbar erschwert ist, insbesondere wenn eine Kleingartenparzelle durch Baumkronen mit mehr als 20 % überdeckt wird.
- Von den Verboten des § 3 kann eine Ausnahme zugelassen werden, wenn
 - durch eine Ersatzpflanzung eine ökologische Aufwertung eines Grundstückes erreicht wird, insbesondere durch eine Verbesserung
 - des Landschafts- und Ortsbildes,
 - der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes
 - der Lebensbedingungen für Tiere,
 - des Kleinklimas;
 - ein Baum, ein Strauch oder eine Hecke das Wachstum anderer ökologisch wertvoller Gehölze behindert.
- Von den Verboten des § 3 kann im Einzelfall Befreiung gewährt werden, wenn
 - die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall
 - zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu vereinbaren ist oder

b) zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde oder

2. überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern.

§ 6 | Genehmigungsverfahren

- Die Erteilung einer Ausnahme oder Befreiung nach § 5 ist vom Grundstückseigentümer / von der Grundstückseigentümerin oder sonstigen Nutzungsberechtigten bei der Stadt schriftlich unter Darlegung der Gründe zu beantragen. Im Antrag sind Standort, Gehölzart und Stammumfang anzugeben. Dem Antrag ist ferner ein Lageplan beizufügen. Davon kann abgesehen werden, wenn auf andere Weise (z.B. Lageskizze oder Foto) eine eindeutige Identifizierung möglich ist.
- Die Erlaubnis aufgrund einer beantragten Ausnahme oder Befreiung wird schriftlich erteilt. Sie kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.
- § 31 Baugesetzbuch bleibt unberührt, soweit Bäume, Sträucher und Hecken aufgrund von Festsetzungen eines Bebauungsplanes zu erhalten sind.
- Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten nach dieser Satzung sind grundsätzlich kostenpflichtig. Einzelheiten richten sich nach der Verwaltungskostensatzung der Landeshauptstadt Hannover und dem Kostentarif in der jeweils gültigen Fassung.

§ 7 | Ersatzpflanzung, Ersatzzahlung

- Wird die Beseitigung geschützter Bäume, Sträucher oder Hecken genehmigt, ist der/die Grundstückseigentümer/in oder sonstige Nutzungsberechtigte zu Ersatzpflanzungen oder, sofern eine Ersatzpflanzung nicht möglich ist, zur Leistung von Ersatz in Geld (Ersatzzahlung) nach Maßgabe der Absätze 2 bis 6 verpflichtet.
(2) Die Ersatzpflanzung ist vorrangig auf dem Grundstück vorzunehmen, auf dem das zur Beseitigung freigegebene Gehölz stand. In der Regel ist
 - ein Laubgehölz durch ein anderes gebietstypisches, standortgerechtes Laubgehölz wenigstens gleicher Ordnung,
 - ein Nadelgehölz durch ein gebietstypisches, standortgerechtes Gehölz der II.-III. Ordnung oder durch einen Obstbaum zu ersetzen.
- Je nach Stammumfang des entfernten Gehölzes müssen bei der Ersatzpflanzung die Bäume folgende Größe aufweisen:

entfernter Baum	zu pflanzender Baum
60 – 89 cm	mind. 12 cm
90 – 119 cm	mind. 14 cm
≥ 120 cm	mind. 16 cm